

Immer häufiger genehmigt der Bundestag Einsätze der Bundeswehr im Ausland.

Es fing ganz harmlos an...

... mit „medizinischer Hilfe“ und „Brunnen bohren“ ...

- Oktober 1991 – März 1992: United Nations Advance Mission in Cambodia - Entsendung von 15 Sanitätern nach Kambodscha.
- Neben den hier beschriebenen gab es 54 weitere Einsätze, die aus Platzgründen nicht alle aufgeführt werden können.
- 1999: Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg der BRD ohne jedes UN-Mandat.
- 2001: Nach der fragwürdigen Ausrufung des Bündnisfalles nach Art. 5 des NATO-Vertrages nach den Terroranschlägen von 9/11 in den USA, beteiligte sich die Bundeswehr an ISAF und Resolute Support. Nach 14 Jahren Krieg ist die Bundeswehr noch immer in Afghanistan.
- 04.12.2015: Der Beschluss des Bundestages zur Teilnahme am Syrienkrieg ist ohne Legitimierung des UN-Sicherheitsrat ebenfalls völkerrechtswidrig!

Folgen der Kriegseinsätze für die Soldaten

- 3500 Bundeswehrangehörige nahmen sich „im Dienst“ das Leben.¹
- 2012 waren nach Angaben der Bundeswehr 1143 SoldatenInnen wegen PTBS in Behandlung.²



Automatisierung des Krieges

Durch den Einsatz z. B. von Drohnen verringert sich die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung.³

Truppenübungsplätze in Deutschland?

In der Altmark übt die Bundeswehr mit verbündeten Armeen neben Häuserkampf auch in U-

Bahntunneln und auf der Stadtautobahn.⁴ Gegen wen richtet sich ein solches Training in unserem gewohnten Umfeld?

Unsere Kritik basiert auf folgenden Artikeln:

GG Art. 87a (1) „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. [...]“

GG Art. 87a (2) „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“

GG Art. 26 (1): „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“



Charta der UN: Kap. I, Art. 2, Abs. 4:

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Dennoch:

12. Juli 1994⁵: Das Bundesverfassungsgericht legitimiert Auslandseinsätze der Bundeswehr, wenn sie in kollektivem Rahmen – also u.a. in Zusammenhang mit der NATO – stattfinden. Damit wird die Einhaltung des Völkerrechts ad absurdum geführt.

29.07.2009: GG-Änderung vom Art. 87a (4):

„Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ [...] können Streitkräfte gegen militärisch bewaffnete Aufständische eingesetzt werden.

2009: Vertrag von Lissabon, Art. 42, Abs. 3:

„[...] Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. [...]“ Ein Zwang zur Aufrüstung!

Vertrag von Lissabon, Art. 42, Abs. 7:

„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.“

Vertrag von Lissabon, Art. 222, Abs 1 präzisiert die Hilfe ausdrücklich „einschließlich der [...] militärischen Mittel“.

Durch Aussetzung der Wehrpflicht⁶ seit dem 01.07.2011 hat sich die Entwicklung der Bundeswehr zu einer international tätigen Söldnerarmee beschleunigt.

Unsere Forderungen

- Friedenspolitik statt Konfrontation
- Änderung von GG Art. 87a (4) rückgängig machen! Keine erweiterten Befugnisse der Bundeswehr im Inland!
- Ausländische Militärinfrastruktur schließen (u. a. Ramstein, USCENTCOM, USAFRICOM)
- Verbot von Bundeswehr-Werbung – insbesondere an Schulen⁷
- Wirksame Zivilklauseln an allen Hochschulen!
- Befehlsverweigerung von offensichtlich völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Einsätzen!
- Wehretat kürzen, Sozialstaat stärken!



Was kann man sonst noch tun?

Engagieren Sie sich für Ihre Bürgerrechte!

**Bürgerrechtsarbeit kostet Geld
Spenden Sie**

1 a-fsa.de/d/2yh
2 a-fsa.de/ptbs
3 a-fsa.de/hemm1 a-fsa.de/hemm2 a-fsa.de/hemm3

Foto: (cc) wikimedia.org/
16455541117_4c574a3364_k.jpg

4 a-fsa.de/d/1Sz
5 a-fsa.de/bw

Foto: (cc) flickr.com/
PhotoNormandie_p013049

6 a-fsa.de/wehrpflicht
7 a-fsa.de/d/1wp

Foto: (cc) warresisters.cn

Wir arbeiten an diesen Themen:

Flucht & Migration

- Die Visa Warndatei
- Das Entry-Exit-System
- FRONTEX, die EU-Grenzschutzagentur,
- Europol-Novelle
- Schengen-Informationssystem II
- Die europäische Fluggastdatenbank (PNR)



Polizei, Geheimdienste & Militär

- Vorratsdatenspeicherung VDS 2.0
- Video- und Lauschangriff auf Wohnungen
- Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten (GTAZ)
- Das zentrale Bundesmelderegister BZR
- Rasterfahndung in zentralen Datenbanken
- Biometrische Daten in Ausweis und Pass
- Online Durchsuchung privater PCs

SchülerInnen-Themen

- Kein Militär an Schulen
- Keine Drohnen für Krieg & Überwachung
- Zivilklauseln an die Unis
- Baby-Datei, Schüler-Datei
- Persönlichkeitsprofile: lebenslang abgestempelt

VerbraucherInnen- und ArbeitnehmerInnen-Datenschutz

- Gläserner Bürger, Kundenkarten, Scoring
- Die elektronische Gesundheitskarte
- Für Datenschutz auch am Arbeitsplatz
- Gegen den elektronischen Einkommensnachweis ELENA ... und Nachfolger
- Gegen Videoüberwachung unterwegs und am Arbeitsplatz

Zensur & Informationsfreiheit

- Gegen Internetsperren und Zensur
- Für Netzneutralität & Informationsfreiheit
- Stopp ACTA ~ TAFTA ~ TTIP & CETA
- Open Source statt Kommerzialisierung

Verteidigen wir gemeinsam unser Grundgesetz, unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Menschenwürde!

Jede/r kann mitmachen und sich mit uns für seine Bürgerrechte einsetzen.

Die nächsten Termine unserer regelmäßigen Treffen im Berliner Antikriegs-Café COOP, Rochstr. 3, Nähe Alexanderplatz, werden auf unseren Webseiten unter dem Punkt **Aktivengruppen** angekündigt: a-fsa.de/d/16h

Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Rochstr. 3,
D-10178 Berlin

Mail: kontakt@aktion-fsa.de

Web: www.aktion-freiheitstattangst.org

oder einfacher: a-fsa.de



Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Triodos Bank

IBAN: DE72 5003 1000 1060 9910 02

BIC: TRODEF1

Der Verein ist seit 01.01.2011 nach §§ 52 1(2) Nr. 24 AO als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Dieser Flyer wurde gefördert durch den AStA der Universität Potsdam.



Aktion Freiheit statt Angst e.V. wendet sich gegen die zunehmende Überwachung der Menschen durch staatliche und private Stellen.

Mitglied im
European Civil Liberties Network

Was macht die Bundeswehr?



Auslandseinsätze der Bundeswehr am Rande oder bereits jenseits der Legalität?

Eine unvollständige, aber kritische Betrachtung

